

# **BERLIN AKTUELL**

## **Newsletter von Patrick Schnieder MdB**

Ausgabe 236 – 11. Juni 2021

### **Intro**

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das hervorragende Ergebnis der CDU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am vergangenen Sonntag hat ordentlich Rückenwind für diese Sitzungswoche des Deutschen Bundestages gegeben. Das Ergebnis zeigt, dass die CDU dann am stärksten ist, wenn sie sich auf ihre Werte und Kernthemen besinnt, klare Kante zeigt und sich deutlich zu denen abgrenzt, die angeblich eine Alternative sein wollen.

Das ist in erster Linie der persönliche Erfolg von Ministerpräsident Rainer Haseloff und der CDU Sachsen-Anhalt. Das Ergebnis stärkt jedoch der gesamten CDU um Kanzlerkandidat Armin Laschet den Rücken.

Die SPD musste in dieser Woche die Erfahrung machen, dass es nichts bringt nach der politischen Konkurrenz mit Schmutz zu werfen. Die unsäglichen Vorwürfe der Sozialdemokraten gegen Jens Spahn haben sich als an den Haaren herbeigezogen herausgestellt. Dazu später mehr.

Im Deutschen Bundestag gehen wir nun in den Endspurt. In der vorletzten (regulären) Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause standen wieder zahlreiche Gesetzesentwürfe zur finalen Beratung auf der Tagesordnung.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und ein schönes Wochenende.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

### **Mehr Transparenz bei Nebentätigkeiten**

Am heutigen Freitag hat der Deutsche Bundestag einem fraktionsübergreifenden Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Transparenzregeln für Abgeordnete zugestimmt. Die Fraktionen der FDP und der AfD unterstützen die Änderungen nicht.

Künftig müssen Einkünfte für Nebentätigkeiten und Unternehmensbeteiligungen betragsgenau auf Euro und Cent angegeben werden. Bestimmte Nebentätigkeiten, wie z.B. bezahlte Lobbyarbeit sind künftig verboten. Zudem dürfen künftig keine Honorare für Vorträge im Zusammenhang mit der Abgeordnetentätigkeit angenommen werden. Als Obmann meiner Fraktion im Geschäftsordnungsausschuss habe ich hierzu heute im Deutschen Bundestag gesprochen. Meiner Rede können Sie weitere Details der neuen Transparenzregeln entnehmen:  
<https://youtu.be/p3QlpNSiMZI>

## **Mehr Straßen = Weniger Klimaschutz?**

Der verkehrspolitische Diskurs der vergangenen Monate war sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Deutschen Bundestag von den Fragen geprägt, wie zeitgemäß der Bau von Autobahnen noch ist oder wie sich Kraftstoffpreise in Zukunft entwickeln sollen. Im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages wurde diese Woche ein Antrag der Fraktion Die Linke abgelehnt, der eine sofortige Aussetzung der Planung und des Neu- und Ausbaus sämtlicher Autobahnabschnitte in Deutschland gefordert hatte. Ich habe gegen den Antrag gestimmt. Warum ich den Neubau von Straßen auch in Zukunft noch für sinnvoll und mit dem Klimaschutz vereinbar halte, erfahren Sie im folgenden Video: <https://www.youtube.com/watch?v=18jh8ZSt8tg>

## **Baustoffmangel: Kurzfristige Maßnahmen erforderlich**

Baumaterialien wie Stahl, Dämmstoffe und vor allem Holz werden knapper und damit auch immer teurer. So haben sich z.B. die Preise für Bauholz in den letzten Monaten verdoppelt oder sogar verdreifacht. Woran liegt das?

Einerseits treibt der Bauboom in Deutschland die hohe Nachfrage an. Andererseits wird aus Deutschland derzeit viel Holz in die USA und nach China exportiert. Somit entstehen große Probleme in Form von Lieferengpässen, Verzögerungen und enormen Preissprüngen für Industrie, Handwerk und nicht zuletzt für die Verbraucher. Teilweise müssen Handwerker ihre Aufträge verschieben oder es kommt sogar zu Baustellenstopps.

Ende Mai hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier MdB mit Vertretern des Handwerks sowie der Bau- und Holzwirtschaft im Rahmen eines Holzgipfels über mögliche Maßnahmen zur Beruhigung der Situation beraten. Dabei kam man überein, dass Exportbeschränkungen kein geeignetes Mittel sind. Die wesentliche Stellschraube zur Preisregulierung liegt auch nach meiner Auffassung in der Stärkung der Angebotsseite. So könnte die temporäre Aussetzung des Holzeinschlagsverbots das Angebot erhöhen. Die Gespräche zwischen den zuständigen Bundeswirtschafts- und Bundeslandwirtschaftsministerien sind diesbezüglich bereits weit fortgeschritten.

Die Verwendung von Holz, das von Stürmen oder vom Borkenkäfer geschädigt ist, jedoch nahezu die gleiche Qualität wie herkömmliches Bauholz besitzt, könnte dem akuten Holz-mangel in Deutschland ebenso entgegenwirken. Die öffentliche Hand ebenso wie Architekten und Bauherren sollten regionales Kalamitätsholz mehr nutzen bzw. dies auch in Ausschreibungen entsprechend

festlegen. Der Einsatz von heimischem Kalamitatsholz unterstützt nicht nur die regionale Wertschöpfung, sondern ist zugleich ein Zeichen der Verbundenheit mit regionalen Waldbesitzern.

## **Gebührenbefreiung für Vereine wird weiter vereinfacht**

In den vergangenen Wochen haben mich zahlreiche Vereine kontaktiert, die von Gebuhrenbescheiden für das sogenannte Transparenzregister überrascht wurden. Seit 2017 werden mit der EU-weiten Einführung der Transparenzregister Personen kenntlich gemacht, die hinter zum Teil stark verschachtelten Strukturen von Vereinigungen und Organisationen stehen. Auf diese Weise soll der Missbrauch solcher Vereinigungen zur Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verhindert werden. Zur Finanzierung des Transparenzregisters werden jedoch zunächst alle Vereinigungen herangezogen, über die beispielsweise Informationen im Vereinsregister erhältlich sind. So waren von den Gebuhrenbescheiden beispielsweise auch gemeinnutzige Sport- und Musikvereine betroffen.

Die Union hat Ende 2019 dafür gesorgt, dass für gemeinnutzige Vereine die Möglichkeit zur Gebührenbefreiung besteht. Bislang ist dies jedoch nur auf Antrag möglich. Ich bedauere sehr, dass die Gesetzesänderung nicht ausreichend kommuniziert wurde und daher viele Vereine durch die Gebührenbescheide überrascht wurden. In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion daher weitere Vereinfachungen für gemeinnutzige Verein beschlossen. Die Datenübertragung ins Transparenzregister wird automatisiert und die Gebührenbefreiung weiter vereinfacht. Ab 2024 wird dann eine voll automatisierte Gebührenbefreiung möglich sein.

## **„Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“**

Die Bedeutung dieser Redewendung hat in dieser Woche die SPD durchlebt. Kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt veroeffentlichte der Spiegel einen Bericht, wonach das Bundesgesundheitsministerium versucht habe, minderwertige FFP2-Masken unter anderem an Obdachlose und Menschen mit Behinderung zu verteilen. Das Nachrichtenmagazin bezieht sich dabei auf Unterlagen aus dem SPD-geführten Bundesarbeitsministerium. Das Spitzenpersonal der SPD bezeichnete die Masken, die verteilt werden sollten als „absolut untauglich“ und warf Jens Spahn gar „Menschenverachtung“ vor.

Dazu möchte ich Ihnen in aller Kürze einige Aspekte darstellen, die die Absurdität der Vorwürfe aufzeigen:

1. Die betroffenen Masken wurden von TÜV und DEKRA auf ihre Sicherheit überprüft. Dabei kam ein besonderer Prüfmaßstab für Infektionsschutzmasken zum Einsatz, der vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, dem TÜV Nord und dem Bundesgesundheitsministerium nach Empfehlungen der EU-Kommission entwickelt wurde. Dabei wird speziell die infektionsschutzende Wirkung der Masken geprüft. Dieser CPI-Prüfmaßstab wurde unter anderem mit der Zustimmung der SPD in das Infektionsschutzgesetz aufgenommen.

2. Die Masken der CPI-Norm wurden mit den Stimmen der SPD in die nationale Gesundheitsreserve aufgenommen und zuvor bereits millionenfach an Bundesländer, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen verteilt.
3. Die SPD-geführte Landesregierung in Brandenburg teilt auf Presseanfrage mit, dass alle Masken, die nach dem CPI-Grundsatz geprüft wurden, sicher sind.

Die Vorwürfe der SPD entbehren also jeder sachlichen Grundlage. Vor Verzweiflung legt die SPD ein ehrloses Verhalten an den Tag, das jeder Beobachter als reines Wahlkampfgetöse entlarvt. Die SPD ist offensichtlich bereit, Wahlkampf auf dem Rücken besonders vulnerabler Personen zu machen. Eine derart niveau- und stillose Intrige habe ich in meiner politischen Laufbahn selten erlebt. Die SPD befindet sich offenkundig in einem erbärmlichen Zustand und es bleibt zu hoffen, dass diese Niveaulosigkeit nicht den weiteren Wahlkampf prägt.

Das Bundesgesundheitsministerium hat ein Faktenblatt mit allen Hintergründen zusammengestellt:

[https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3\\_Downloads/C/Coronavirus/Faktenblatt\\_Schutzmasken.pdf](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronavirus/Faktenblatt_Schutzmasken.pdf)

Der Vorgang war zudem Thema einer Aktuellen Stunde im Bundestag. Die Debatte können Sie sich hier ansehen. Ich empfehle besonders die Redebeiträge meiner Kollegen Rudolf Henke MdB und Paul Ziemiak MdB: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-de-aktuelle-stunde-masken-846150>

Impressum gem. § 5 TMG :  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Patrick Schnieder MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
E-Mail: [patrick.schnieder@bundestag.de](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de)